

NPD- KUNDGEBUNG IN WOLFENBÜTTEL am 29.6 2017

Folgen nun öffentliche Proteste gegen die „Alternative für Deutschland“ AfD?

Und was hat Wolfenbüttel mit dem „G 20“ zu tun?



Ungefähr einhundert Demonstranten bildeten ein eindrucksvolles Gegengewicht gegen die Absicht der „Jungen Nationaldemokraten“, vor dem Bankhaus Seeliger ihre Ansichten zum Thema „Volksgemeinschaft statt Individualismus“ kundzutun. Drei Neonazis mit Tapetentisch und Propagandamaterial in einer Kiste kamen dann aufgrund des lauten Protests letztlich nur dazu, ihre Fahne zu schwenken. Gotthold Ephraim Lessing war auch mit dabei. Eleonore Bischoff hatte Postkarten mit seinem Konterfei in einem Halbkreis vor den Neonazis auf das Pflaster verteilt. Die Online-Zeitung regionalWolfenbüttel.de führte Interviews mit drei Politikern. Bürgermeister Thomas Pink sagte zum Verbot der Kundgebung durch die Stadt, aufgehoben durch das Verwaltungsgericht Braunschweig, unter anderem: *Es wäre das falsche Signal, keine Untersagung auszusprechen, weil das dann eine Aussage wäre, die*

in die Richtung geht, wir tolerieren das vielleicht, wir akzeptieren das vielleicht, wir kehren das unter den Teppich - und das kommt für mich als Wolfenbütteler überhaupt nicht in Frage, dass wir solche Dinge unter den Teppich kehren.

Marcus Bosse, SPD-MdL sagte: *Man darf den Braunen nicht einen Zentimeter gönnen - und darum bin ich, darum sind die Sozialdemokraten hier - dazu sind auch andere etablierte Parteien und Organisationen hergekommen heute. Ein richtiger Schritt, aufrecht zu stehen und gegen Faschismus, Fremdenfeindlichkeit hier in Wolfenbüttel, und das ist heute ein Signal, das aus Wolfenbüttel hervorgeht. Und darüber freue ich mich.*

Julian Märtens, stellvertretender Landrat der SPD-Kreistagsfraktion, sagte: *Ich denke, das ist die Pflicht eines jeden Demokraten, wenn es denn irgendwie zu ermöglichen ist, wenn solche extremistischen Parteien - und dessen Verfassungswidrigkeit ja nun festgestellt worden ist, dass die NPD verfassungsfeindlich ist, wenn die hier auflaufen, dass man ein deutliches Zeichen setzt, das zeigt, das Wolfenbüttel bunt ist und das wir nicht dulden ... (der Rest ist undeutlich)*

Rudolf Ordon, FDP-Stadtratsmitglied, stellte auf „regionalWolfenbüttel.de“ die Haltung der Stadt Wolfenbüttel mit dem Verbot der NPD-Kundgebung in Frage und schrieb: *Der juristische Versuch, die NPD zu verbieten, ist erneut gescheitert, deshalb gilt es, sich mit den Rechtsextremisten politisch auseinanderzusetzen. Hierbei stellt sich aber die Frage, ob das angesichts ihrer Bedeutungslosigkeit derzeit sinnvoll ist.*

(nachzulesen unter: [www. http://regionalwolfenbuettel.de/ordon-stadt-darf-mpd-keine-plattform-bieten](http://www.regionalwolfenbuettel.de/ordon-stadt-darf-mpd-keine-plattform-bieten))

Sicher, es ist eine schwierige Entscheidung, zuzulassen oder zu verbieten. Wenn Verwaltungsfachleute aufgrund der eindeutigen Rechtslage aber für das Zulassen sind, könnte man

sich dann damit zufrieden geben, eine möglichst große Gegendemonstration zu initiieren. Schlimm wäre es, wenn das Verbot zu einer persönlichen Profilierung führen würde. Noch einmal Rudolf Ordon, dem ich zustimme: *Wenn man sich dann entschließt, zu einer Gegenveranstaltung aufzurufen und daran teilzunehmen, sollten Argumente nicht mit Pöbeleien wie „Nazi-Schweine“ vermischt werden. Dann könnte der Eindruck entstehen, hier habe sich ein Mob unter diejenigen gemischt, denen ihr Protest ein wichtiges politisches Anliegen ist. Denn Menschen mit Tieren wie Schweinen oder auch Bullen zu vergleichen, verstößt gegen die Menschenwürde, wie sie im Artikel 1 des Grundgesetzes formuliert wird.*“ Hierzu möchte ich ergänzen, dass in der Nacht vor dem Ereignis an einem Laternenpfahl vor dem Bankhaus See-



liger ein Plakat mit dieser widerwärtigen Aufschrift angebracht worden war: „Hier könnte ein Nazi hängen.“ Nähere Umstände sind mir nicht bekannt. „regionalWolfenbüttel“ schrieb dazu: *Die Gegendemonstranten hatten hingegen schon in der Nacht zu Donnerstag ihren Standpunkt deutlich gemacht und hängten an der Laterne vor dem Bankhaus Plakate auf, auf denen stand „Hier sollte ein Nazi hängen“.* AfD-Ratsherr Heid berichtet über die NPD-Veranstaltung unter der Überschrift: *Aufruf zum Mord - und die Stadt sieht zu!*

Nach dem Ereignis hat es sicher verschiedene Reaktionen gegeben: Die organisierten Gegendemonstranten haben sich verständlicherweise darüber gefreut, gemeinsam mit so vielen Leuten den Jungneonazis Paroli geboten zu haben. Und sie, denen mit ihrer Absicht eines Infotisches an einem Donnerstagmittag so viele Leute als Gegner gegenüber standen, haben sich angesichts dieses für sie großen Erfolgs möglicherweise freudig die Hände gerieben.

Folgen nun öffentliche Proteste gegen die „Alternative für Deutschland“ AfD?

Angesichts dieses großen Protests gegen neonazistische und rechtsradikale Positionen frage ich nun die Gegendemonstranten, ob sie beim nächsten Infotisch der AfD auch wieder dabei sein werden? Ohne die NPD verharmlosen zu wollen, sehe ich im Moment allerdings eher die unbedingte Notwendigkeit, der AfD entgegenzutreten auf der Grundlage dieses Satzes von Marcus Bosse: *Ein richtiger Schritt, aufrecht zu stehen und gegen Faschismus, Fremdenfeindlichkeit hier in Wolfenbüttel, und das ist heute ein Signal, das aus Wolfenbüttel hervorgeht.* Die Infostände der AfD sind ebenso wenig verbotlich wie die der NPD. Aber wie zur NPD können auch gegen die AfD gerichtete Proteste organisiert werden. Vielleicht greift das hiesige „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ diese unbedingte Maßnahme auf?

Nach der NRW-Landtagswahl befürchtete Josef Schumacher, „Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland“, in einem Kommentar in der „Jüdischen Allgemeinen“ eine aufkommende Gleichgültigkeit gegenüber der AfD: *Die Partei ist jetzt in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Das bedeutet für die Partei, die sich spätestens seit ihrem Parteitag im April in Köln noch weiter nach rechts außen bewegt hat, neben politischem Einfluss auch beträchtliche staatliche Mittel. Am Wahlabend konnte man den Eindruck gewinnen, als hätten sich die anderen Parteien ebenso wie die Medien bereits daran gewöhnt, dass die AfD die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. Dass mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen die AfD gewählt haben als die Grünen und die Linken, war keine besondere Erwähnung wert. Es wäre jedoch sehr gefährlich, wenn die etablierten Parteien diesen Zustand quasi schicksalsergeben hinnähmen. Sie gäben damit einer Partei Raum, die dabei ist, das politische Klima zu vergiften. Die gezielt Minderheiten diffamiert und ausgrenzt. Wer Vokabeln wie »völkisch« als normalen Sprachgebrauch einführen will, schimmert braun unterm Hellblau der AfD. Im Bundestag werden wir dann Leute sitzen haben, die zum Beispiel - laut Bericht der taz - ein Ende des »Schuldkults« fordern, wie Martin Renner, der auf Platz 1 der NRW-Landesliste der AfD steht. Es sind Menschen, die Björn Höcke für seine Dresdener Rede Beifall gespendet haben.*

Nach dieser Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland hieß es in vielen Kommentaren, bei der SPD müssten die Alarmglocken schrillen. Nein, die Alarmglocken müssen bei allen Demokraten schrillen. Wir alle sind jetzt gefordert, die Rechtspopulisten zu entzaubern und in die verdiente Bedeutungslosigkeit zurückzuschicken. (Jüdische Allgemeine, 18.5.2017)

Befasst man sich konkret mit Positionen der Bundes-AfD im Kontext zu Positionen der hiesigen AfD, wird schnell klar, dass die lokalen AfD-Kreistagsabgeordneten und Ratsmitglieder, die sich als Biedermänner geben, gezündete Streichhölzer in Sprache umsetzen. Der zweifache Mandatsträger und Bundestagskandidat der AfD, Dr. Manfred Wolfrum, hat bis jetzt vier Videos besprochen, die im Internet angehört werden können. Aus Ihnen wird deutlich, dass dieser Kandidat nur ein Thema kennt: „Fremdenfeindlichkeit“ verbunden mit Hass und faschistoiden Ansichten zu unserer Demokratie. Hier einige Auszüge:

Auszug aus dem Video (18.5.2017), mit dem sich Wolfrum, früher Chefarzt im Krankenhaus Wolfenbüttel, als Bundestagskandidat vorstellt: **„Vertrauen für Deutschland“. Er beschreibt darin, wie es früher war - ohne Flüchtlinge:**

Wir glauben nicht, dass der Mensch, der hinter uns auf der Straße unterwegs ist, uns einen Ziegelstein auf den Kopf schlägt, um sich anschließend selbst davon überzeugen zu wollen, was wir (im Portemonnaie, J.K.) mit uns tragen. Wenn eine Oma mit ihrer Handtasche spazieren gehen wollte, dann hatte sie keine Zweifel, ihre Handtasche auch noch nach ihrer Rückkehr zu besitzen. Eine Frau ging im Dunkeln allein nach Hause und befürchtete nicht, zu Boden gerissen und entkleidet zu werden. Von Schlimmeren gar nicht erst zu reden. Bei einem einsamen Koffer in der Bahnhofsvorhalle wussten wir, den hat nur ein schusseliger Reisender vergessen. Nach der Bundespolizei haben wir jedenfalls nicht gerufen. Sahen wir einen LKW in der Fußgängerzone, so war das ein normaler Lieferverkehr. Unsere Kinder schickten wir allein in die Badeanstalt und befürchteten nicht, dass sie dort begrapscht werden würden. Wir waren uns sicher, Gesetze werden von den Politikern so gemacht, dass sie dem Wohle der einheimischen Bevölkerung dienen. Wir hatten keinen Zweifel, der Staat hält sich penibel an seine Gesetze und staatliche Willkür kommt in Deutschland nicht vor.

(<http://www.alternative-wolfenbuettel.de/forum/viewtopic.php?f=6&t=1671>)

Wolfrum zum „Verfassungsbruch“ (17.6.2017):

Noch destruktiver ist die unter Linken und leider auch kirchlichen Scheinhumanisten verbreitete gefühlsduselige Illusion, man müsse (darüber hinaus) aus moralischen Gründen Millionen und im Idealfall Milliarden Wirtschaftsflüchtlinge dieser Welt in Europa beherbergen. Am besten geht das im wunderbar reichen Deutschland. (...)

Fazit der deutschen Einwanderungskultur: Wenn es also jemand schafft, illegal nach Deutschland einzureisen, erhält er zunächst von zahlreichen Bahnhofsklatschern Beifall und Willkommensbekundigungen. Einfacher geht es nicht. Zum Teil werden die Menschen auch mit Bussen aus den Nachbarländern abgeholt oder mit der Bundesbahn ins Auffanglager Deutschland transportiert. Dann gibt es früher oder später Wohnungen, Sozial- und Krankenversicherungen, Unterhalt und Kindergeld, Mietzuschuss, kostenlose Bildung, Sprach- und Integrationskurse sowie Gesundheitsversorgung, die Ausstellung offizieller Dokumente nebst Dolmetscher und bei Straftaten auch humane und unverständliche Gerichtsurteile und hin und wieder großzügig gesponserte Rückführungen in die Heimatländer. Was es nicht oder höchst selten gibt, sind Abschiebungen von Straftätern und Gefährdern. Diesen gönnt man hier einen Aufenthalt im Wunderland Deutschland, in dem alles möglich ist, was sich der gesunde Menschenverstand gar nicht vorstellen kann. (...) Dieses Eldorado für Wirtschaftsflüchtlinge basiert auf einem Verfassungsbruch, begangen von der Bundesregierung und der Kanzlerin.

(<https://www.youtube.com/watch?v=mj930lS-P5w>)

Wolfrum zum Rassismus (17.6.2017):

Heute mehr denn je wird aus politischen Gründen Kritik oder Ablehnung einer bestimmten Gruppe pauschal als Rassismus verurteilt. (...) Blindes Gutmenschentum und linke Täuschungsideologie versucht, richtiges als falsch hinzustellen ... Charakterfeste Bürger werden auf diese Weise zu Feinden der Gesellschaft erklärt, während die wahren Feinde der Gesellschaft zu Helden mutieren. Jeder Kritik wird ein Mantel aus Rassismus und Volksverhetzung übergestülpt und versteckt so die offensichtliche Lüge. (...) Jeder normale Mensch kann erkennen, dass es lediglich darum geht, den politischen und unbequemen Gegner zu denunzieren und zu diffamieren. (...) Es liegt an Ihnen zwischen Lüge und offensichtlicher Wahrheit zu unterscheiden. Es liegt an Ihnen, nicht zu schweigen, sondern sich auf die Seite derer zu stellen, die ihre Verantwortung für Deutschland ernst nehmen und für die Freiheit des Geistes zu kämpfen.

(<https://www.youtube.com/watch?v=q5xr2vnsR3U>)

Wolfrum zum Thema „Innere Sicherheit“ (26.6.2017)

Und wieder ist die Nacht erfüllt von Martinshörnern und Blaulicht. Wieder sind Tausende von Einsatzkräften beschäftigt, um die Folgen der Migrationspolitik der amtierenden Regierung wieder auszubügeln. (...)

Denken Sie auch an die Vorkommnisse in Köln und zwölf weiteren Bundesländern. Denken Sie an die Anschläge in Ansbach und Würzburg, an den Mord in Freiburg und die unzähligen Vergewaltigungen, die täglich die Polizei beschäftigen. Nahezu täglich Verbrechen, die die Republik erschüttern. Die deutsche Öffentlichkeit sieht fassungslos die Auswirkungen einer hochgradig kriminellen Politik, die Deutschland in ein Chaos führt und immer tiefer hineintreibt. (...)

Man erfährt nun auch, dass es 500 solcher Gefährder gibt, von denen lediglich 80 in Haft sind. Der Rest dieser Gefährder genießt derweil die Vorzüge der Toleranz, stolziert munter im Lande herum und kann vollkommen unbehelligt Straftaten planen und durchführen. (...)

Man erzeugt sozusagen ein Vakuum der Inneren Sicherheit, da man nicht das mindeste Interesse daran hat, die sich potenzierenden Gefahren in den Griff zu kriegen. (...)

Tatsächlich handelt es sich hier um strukturelle Gewalt, die Frau Merkel persönlich in unser Land importiert hat. Sie war es, die eine wehrlose und gutgläubige Bevölkerung einer millionenfachen potenzierten Gefahr ausgeliefert hat. (...)

(<http://www.alternative-wolfenbuettel.de/dr-manfred-wolfrum-zum-thema-innere-sicherheit>)

Sicher, es ist zeitaufwendig, sich diese Videos vollständig anzuhören. Aber erst dann erkennt man die Gefahr, die Wolfrum und seine Parteikollegen für unser Land bedeuten. Eine wehrhafte Demokratie funktioniert nur, wenn sich Bürgerinnen und Bürger wehren, aber nicht nur gegen die zurzeit politisch unbedeutende NPD, sondern vor allem jetzt gegen die AfD!



Ich möchte an die obige Aussage von Herrn Märten erinnern: Ich denke, das ist die Pflicht eines jeden Demokraten, wenn es denn irgendwie zu ermöglichen ist, wenn solche extremistischen Parteien - (...) wenn die hier auflaufen, dass man ein deutliches Zeichen setzt, das zeigt, das Wolfenbüttel bunt ist und das wir nicht dulden ...

Ich möchte an die obige Aussage von Herrn Märten erinnern: Ich denke, das ist die Pflicht eines jeden Demokraten, wenn es denn irgendwie zu ermöglichen ist, wenn solche extremistischen Parteien - (...) wenn die hier auflaufen, dass man

Was hat Wolfenbüttel mit dem „G 2“ zu tun?

DIE ZEIT vom 13. Juli 2017 enthält eine umfangreiche Berichterstattung über den G20-Gipfel in Berlin. Auf der Titelseite finde ich diese Sätze: *Wieviel Gewalt steckt in der Linken? Die Ausschreitungen beim G-20-Gipfel waren ideologisch munitioniert. Da helfen keine Ausflüchte.*

Im Internet kann man sich ein Video ansehen, das Erinnerungen hervorrufft: Durch eine Hamburger Straße marschieren am 7. Juli 2017 unbehelligt vermummte Männer, die, anders als 1933, keine braunen Uniformen tragen, sondern schwarze Bekleidung. Menschen, die dieser Marschformation begegnen, bekommen Angst. In einem Bericht über die niedersächsischen Autonomen am 12.7.2017 in „Hallo Niedersachsen“ sah ich ebenso schwarz bekleidete und vermummte Männer durch eine Straße ziehen. Sie trugen ein nicht zu übersehendes Plakat mit der großen Aufschrift „Nie wieder Faschismus!“

Wer sind diese vermummten Männer in schwarzer Uniform? Sie verbergen sich hinter vielen verharmlosenden Bezeichnungen: Linke, Linksradikele, Linksextremisten, Linksautonome, Radikale Linksautonome, Autonome, Schwarzer Block, Vermummte, Kriminelle Gewalttäter, marodierende vermummte Banden, Wochenendrevolutionäre, Action-orientierte Wohlstandskiddies, Kleinkriminelle, sinnentleerte Gewalttäter.

Dazu finde ich in den intensiven Diskussionen in allen Medien Beschreibungen - zum Beispiel von der Polizeigewerkschaft - wie „Menschenverachtung“ und „Polizisten werden entmenschlicht“. DIE ZEIT befasste sich im Frühjahr 2015 mit einer Studie über den linken Extremismus. Die Wissenschaftler äußerten sich dazu: *Wer linksextreme Postillen verfolgt, sieht jedoch, dass bestimmte Personen - wie Polizisten, Banker, tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten - nicht als „Menschen“ zählen. Wer zum Feind, spricht: Rassisten oder Faschisten, ernannt wird, muss dann mit allem rechnen.* (DIE Zeit, 12.3.2015) Mit der Aussage: *Die Selbstermächtigung zur Gewalt ist allen extremistischen Strömungen gemeinsam.* - komme ich zu diesem Fazit: **Die in Hamburg stattgefundene und geplante Gewalt war Faschismus!**

Linke Gewalt ist in der Szene grundsätzlich Gegengewalt: Das war und ist ein linkes Pharisäertum, mit dem sich eigene Gewaltlust bequem bemänteln lässt und politisch moralische Selbstermächtigungen mit bestem Gewissen bis zum Exzess treiben kann. Genau das lässt sich nun in Hamburg beobachten. (Historiker Gerd Koenen, in den 1970er Jahren Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands. DIE ZEIT, 13.7.2017)



Anti-NPD-Demonstration „Nazis stoppen“ am 4. Juni 2011 in Braunschweig

Hier stellt sich mir erneut die Frage, wie sich das Wolfenbütteler „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ zum „Linksextremismus“ stellt. In einer Erklärung des „Bündnisses“ vom 17.2.2017 heißt es unter anderem:

Das Wolfenbütteler Bündnis gegen Rechts verabscheut jede Form von Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt und stellt sich entschieden dagegen. Rechtsextremistische Haltungen, Gesinnungen und Handlungen zielen darauf, Mitmenschen einzuschüchtern, zu unterdrücken und zu vertreiben. Rechtsextremisten missachten die menschliche Würde und gefährden das Gemeinwohl sowie die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates.

Den gewaltsamen „Linksextremismus“ gibt es ja nicht erst seit G20 in Hamburg, sondern schon seit Jahrzehnten, auch in der Region Braunschweig. Während einer Braunschweiger Bragida-Kundgebung im Januar 2015 beobachtete ich ein die Polizeikette provozierendes Verhalten des „Schwarzen Blocks“. David Janzen, Sprecher des Braunschweiger „Bündnisses gegen Rechts“ antwortete mir auf meinen obigen Hinweis: *Wenn sich Menschen vor eine Polizeikette stellen, ruhig und geordnet, kann ich darin weder Gewalt, noch Unfriedlichkeit, noch eine Provokation sehen. Eher umgekehrt: wenn solche hochgerüsteten, vermummten Polizisten mit Schlagstöcken da stehen und Leute daran hindern dorthin zu gehen, wohin sie wollen, ist das nicht friedlich, sondern ein sehr deutlicher, bedrohlicher, Ausdruck des staatlichen Gewaltmonopols.* Auf Hamburg bezogen: Unerhört, dass die Polizei das Betreten des G20-Tagungsgebäudes durch die „Linksextremisten“ nicht zugelassen hat. Die BZ berichtete am 14.7.2017, Vermummte hätten in Hannover vor zwei Tagen eine Polizeiwache mit Steinen beworfen. In einem Bekennerschreiben erklärten sich die Verfasser solidarisch mit jenen, die beim G 20 verletzt oder inhaftiert worden seien.

Eine Reaktion der hiesigen AfD:

Thematisch sollte man sich nicht von der AfD treiben lassen, sondern vielmehr eigene Themen setzen. (Handreichung zum kommunalpolitischen Umgang mit der AfD, Arbeit und Leben 2017. Ist dieses wichtige Hilfsmittel bei den Fraktionen in Kreis und Stadt bekannt oder gar vorhanden?)

AfD-Ratsherr und Kreistagsabgeordneter Klaus-Dieter Heid errang mit einer Erklärung zu den Gewaltexzessen in Hamburg einen kommunalpolitischen Erfolg. In einer Pressemitteilung (veröffentlicht in „regionalWolfenbüttel.de“) forderte er die Grünen und Linken in Stadtrat und Kreistag auf, sich *eindeutig zum Rechtsstaat und gegen linke Gewalttaten zu positionieren.* Als Grund für diese Forderung verwies er auf Aussagen bekannter Politikerinnen (Renate Künast, Katja Kipping, Irene Mihalic), die der Polizei vorwarfen, die Hamburger Einsatzleitung habe zur Eskalation der ohnehin angespannten Lage erheblich beigetragen. So schwer es mir auch fällt, dieser Aussage Heids muss ich zustimmen: *Die AfD sieht hingegen die alleinige Verantwortung bei radikalen linken autonomen, die keinerlei Rücksicht auf fremdes Eigentum nehmen und offenbar auch nicht davor zurückschrecken, sowohl Polizisten als auch Unbeteiligte zu verletzen.* Offizielle Hamburger Stellen sprachen angesichts der Bedrohungen durch Gehwegplatten und mit Präzisionszwillen abgeschossenen Stahlkugeln von einem Dach von Mordabsichten.

Die Bemühungen der Online-Zeitung führten tatsächlich zu den von Heid gewünschten Stellungnahmen der Grünen und der Linken. Die Grünen, Ratsfraktion und Kreistagsfraktion, machten es sich leicht und formulierten keine eigene Stellungnahme, sondern schickten die offizielle Erklärung der Spitzenkandidaten der Grünen zur Bundestagswahl. An der er ist nichts auszusetzen, es ist aber fraglich, ob sie von allen Grünen so unterstützt wird. Zum Bei-

spiel: Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele hat der Hamburger Polizei zeitweise „ungeheure Brutalität“ im Umgang mit Demonstranten zum Auftakt des G-20-Gipfels vorgeworfen. „Die Polizei hat viel falsch gemacht in Hamburg. Am Donnerstagabend ist sie mit ungeheurer Brutalität in eine Demonstration gegangen“, sagte Ströbele in „Rheinischen Post“. „Das hat auch bei vielen nicht verummten Demonstranten große Aggressivität ausgelöst und sie radikalisiert“, so Ströbele. Hier taucht nun die Gretchenfrage der deutschen Linken auf: Das Vermummungsverbot, das seit Jahrzehnten von Extremisten übertreten wird. Mit klammerheimlicher Freude wurde dieser rechtsfreie Raum für Linksextremisten toleriert. Weil die Polizei in Hamburg das Verbot durchsetzen wollte, was ja ihre Pflicht ist, nutzten das die sogenannten „Autonomen“, die darauf schon gewartet hatten, zur Rechtfertigung ihrer Gewalt. Der Linken-Bundestagsabgeordnete Jan van Aken zeigte in einem Radiointerview Verständnis für die Vermummung und kritisierte heftig die Polizei. In einem anderen Interview, in dem er gefragt worden war, ob er sich von den bereits begonnenen Gewaltexzessen distanzieren würde, antwortete er: Er habe sich gegen Gewalt ausgesprochen und brauche sich darum nicht von den Gewaltausbrüchen zu distanzieren. In beiden Stellungnahmen der hiesigen Kommunalpolitiker wird das Vermummungsverbot nicht angesprochen. Darum nun meine Frage an die Linken und Grünen mit der Bitte um Antwort: Gilt dieses Verbot - und soll es durchgesetzt werden?

Für den Kreisvorstand der Linken in Wolfenbüttel antwortete André Owczarek dem AfD-Mann Heid. Er lehnte Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab und dokumentierte durch eine Gleichstellung des linksextremistischen Terrors mit dem Verhalten der Polizei die Wischiwaschi-Position der gesamten Linken: *Wir begrüßen weder die Eskalationsstrategie der Polizeiführung, noch den individuellen Terror der marodierenden vermummten Banden.* Diese Aussage sollte man sich genau ansehen: Die Gewalt sei nicht von den sogenannten „Linksextremisten“ ausgegangen, sondern ungeplant von individuellen Banden, also eigentlich unbekanntem Einzeltätern. Schlimmer kann man die Hamburger Exzesse kaum verharmlosen. Eine weitere Anmerkung macht deutlich, dass sich Owczarek entweder mit der linken gewalttätigen Szene bisher nicht befasst hat oder bewusst wieder verharmlost. Er spricht diesen Banden jedwede *irgendwie geartete politische Agitation* ab. Das ist schlichtweg gelogen! Hat er denn noch nicht von deren Kampf zum Beispiel gegen den Kapitalismus gehört? Aber es geht noch weiter und wird dabei schlimmer: Die Hamburger Randalierer bezeichnet er wieder in haarsträubender Verharmlosung als „Wochenendrevolutionäre“ und „Action-orientierte Wohlstandskiddies“, die sich *ganz simpel an Unterhaltungselektronik und Luxusgütern hätten bereichern* wollen. Aus dieser Sichtweise muss man daher annehmen, dass die Gewalttäter auf dem Dach eines Hauses, denen inzwischen Mordabsichten unterstellt werden, auf dem Dach leicht zu klauende CD-Player und Fernsehapparate vermutet hatten. Offenbar hatte er keine der Stellungnahmen des Hamburger Autonomen-Sprechers und Rechtsanwalts Andreas Beuth gelesen oder gehört. Der hatte angesichts der Brandschatzungen und Plünderungen und Mordversuchen im Schanzenviertel geäußert: *Wir Autonome und ich als Sprecher der Autonomen haben gewisse Sympathien für solche Aktionen, aber bitte doch nicht im eigenen Viertel, wo wir wohnen. Also warum nicht irgendwo in Pöseldorf oder Blankenese?* An anderer Stelle fand ich ein Interview mit einem Vermummten, in dem dieser kein Interesse an Luxusgütern bekundete, sondern deutlich machte, dass er und seine Mitschwarzen bereits die Bereitstellung von Hundertschaften als den ersten geworfenen Stein betrachten. Der Linken-Kreisverband schloss sich einer Stellungnahme der Parteivorsitzenden Katja Kipping an, die sich inhaltlich und in der Tendenz nicht sehr von der Owczareks unterscheidet. (Nachzulesen unter: <http://regionalwolfenbuettel.de/g20-gewalt-heid-fordert-stellungnahmen-von-kreispolitik/>)

Linken-Chefin Katja Kipping hat sich dafür entschuldigt, Polizisten in Hamburg des „Marodierens“ beschuldigt zu haben. In der ZDF-Sendung „maybrit illner“ sagte Kipping am Donnerstag, was während des G20-Gipfels „bei den Krawallen, bei den Protesten, bei dem Polizeieinsatz“ passiert sei, müsse sachlich aufgearbeitet werden. Das sei ihr auch persönlich wichtig, betonte sie und erklärte, das von ihr in einem Facebook-Eintrag im Zusammenhang mit Polizeihundertschaften verwendete Wort „marodieren“ sei „analytisch falsch“.

Sie bedauere es sehr und wolle es „korrigieren und zurücknehmen“. Kipping hatte am Mittwoch vor den Hamburger Ausschreitungen in einem Facebook-Eintrag geschrieben: „Die Polizeiführung lässt ihre Hundertschaften mit schwerem Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodieren und schikaniert Menschen, die es wagen, Bier zu trinken oder im Zelt zu schlafen. Die Eskalation geht eindeutig von den Behörden aus.“
www.zdf.de/politik (14.7.2017)

Jürgen Kumlehn, Erinnerung, 14.7.2017

Nach Abschluss dieses Textes erhielt ich von Hansi Volkmann vom DGB die untenstehende Stellungnahme von zehn Gewerbetreibenden und Ladenbesitzern aus dem Hamburger Schanzenviertel über die Ereignisse beim G 20. Wenn ich den Text lese, kommen mir Zweifel an all den Berichten von seriösen Journalisten in Fernsehen, Radio und gedruckten Medien. Berichte von denen, die beobachtet haben, wie sich normal gekleidete Bürger plötzlich durch Umkleiden in schwarz uniformierte „Autonome“ verwandelten oder wie aus Vermummten plötzlich bunt gekleidete Bürgerinnen und Bürger wurden, sind in der Stellungnahme nicht vorhanden. Dass 500 Polizisten verletzt wurden, dass offenbar mehr als 100 Autos brannten und „Autonome“ vor allen auch in andern Stadtteilen wüteten, wird ebenfalls nicht berichtet. Warum mit den Autonomen nicht verbundene Jugendliche und sonstige Menschen plötzlich Gefallen daran fanden, sich an Gewalt zu beteiligen, erklären die Autoren der Stellungnahme nicht, da sie offenbar vermeiden wollen, zu erklären, von wem die ursprüngliche Gewalt, die zum Mitmachen reizte, ausgegangen war.

Fast alle schwarz vermummten Randalierer hatten Rucksäcke mit Wechselkleidung dabei. So konnten sie sich binnen Sekunden wieder in ganz normal gekleidete junge Leute verwandeln, die daher kamen wie harmlose Schüler oder Studenten. Manche wechselten ihre Kleidung ständig. Und genau deshalb ist es nun für die Polizei praktisch unmöglich, die Zahl der Straftäter aus dem schwarzen Block auch nur zu schätzen. 4000 bis 8000 Militante, so lautete die Prognose vor dem Gipfel. Klar ist: Es waren wohl allenfalls 4000, eher noch weniger.
DIE Zeit, 13.7.2017, S. 3

Ich bitte Sie, den folgenden Text kritisch zu lesen. Ich habe einige Textstellen gelb markiert mit dem Wunsch, diese besonders kritisch zu betrachten.

+++ STELLUNGNAHME ZU DEN EREIGNISSEN VOM WOCHENENDE +++

Wir, **einige** Geschäfts- und Gewerbetreibende des Hamburger Schanzenviertels, sehen uns genötigt, in Anbetracht der Berichterstattung und des öffentlichen Diskurses, unsere Sicht der Ereignisse zu den Ausschreitungen im Zuge des G20-Gipfels zu schildern.

In der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2017 tobte eine Menge für Stunden auf der Straße, plünderte einige Läden, bei vielen anderen gingen die Scheiben zu Bruch, es wurden brennende Barrikaden errichtet und **mit der Polizei gerungen**.

Uns fällt es in Anbetracht der Wahllosigkeit der Zerstörung schwer, darin die **Artikulation einer politischen Überzeugung** zu erkennen, noch viel weniger die Idee einer neuen, besseren Welt. Wir beobachteten das Geschehen leicht verängstigt und skeptisch vor Ort und aus unseren Fenstern in den Straßen unseres Viertels.

Aber **die Komplexität der Dynamik**, die sich in dieser Nacht hier Bahn gebrochen hat, sehen wir weder in den Medien noch bei der Polizei oder im öffentlichen Diskurs angemessen reflektiert.

Ja, wir haben direkt gesehen, wie Scheiben zerbarsten, Parkautomaten herausgerissen, Bankautomaten zerschlagen, Straßenschilder abgebrochen und das Pflaster aufgerissen wurde.

Wir haben aber auch gesehen, wie viele Tage in Folge völlig unverhältnismäßig bei jeder Kleinigkeit der Wasserwerfer zum Einsatz kam. Wie Menschen von uniformierten und behelmten Beamten ohne Grund geschubst oder auch vom Fahrrad geschlagen wurden. Tagelang.

Dies darf bei der Berücksichtigung der Ereignisse nicht unter den Teppich gekehrt werden. Zum Höhepunkt dieser Auseinandersetzung soll in der Nacht von Freitag und Samstag nun ein „Schwarzer Block“ in unserem Stadtteil gewütet haben.

Dies können wir aus eigener Beobachtung nicht bestätigen, die außerhalb der direkten Konfrontation mit der Polizei nun von der Presse beklagten Schäden sind nur zu einem kleinen Teil auf diese Menschen zurückzuführen.

Der weit größere Teil waren erlebnishungrige Jugendliche sowie Voyeure und Partyvolk, denen wir eher auf dem Schlagermove, beim Fußballspiel oder Bushido-Konzert über den Weg laufen würden als auf einer linksradikalen Demo.

Es waren Betrunkene junge Männer, die wir auf dem Baugerüst sahen, die mit Flaschen warfen – hierbei von einem geplanten „Hinterhalt“ und Bedrohung für Leib und Leben der Beamten zu sprechen, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Überwiegend diese Leute waren es auch, die – nachdem die Scheiben eingeschlagen waren – in die Geschäfte einstiegen und beladen mit Diebesgut das Weite suchten. Die besoffen in einem Akt sportlicher Selbstüberschätzung mit nacktem Oberkörper aus 50 Metern Entfernung Flaschen auf Wasserwerfer warfen, die zwischen anderen Menschen herniedergingen, während Herumstehende mit Bier in der Hand sie anfeuerten und Handyvideos machten.

Es war eher die Mischung aus Wut auf die Polizei, Enthemmung durch Alkohol, der Frust über die eigene Existenz und die Gier nach Spektakel – durch alle anwesenden Personengruppen hindurch –, die sich hier Bahn brach.

Das war kein linker Protest gegen den G20-Gipfel. Hier von linken AktivistInnen zu sprechen wäre verkürzt und falsch.

Wir haben neben all der Gewalt und Zerstörung gestern viele Situationen gesehen, in denen offenbar gut organisierte, schwarz gekleidete Vermummte teilweise gemeinsam mit Anwohnern eingeschritten sind, um andere davon abzuhalten, kleine, inhabergeführte Läden anzugehen. Die anderen Vermummten die Eisenstangen aus der Hand nahmen, die Nachbarn halfen, ihre Fahrräder in Sicherheit zu bringen und sinnlosen Flaschenbewurf entschieden unterbanden. Die auch ein Feuer löschten, als im verwüsteten und geplünderten „Flying Tiger Copenhagen“ Jugendliche versuchten, mit Leuchtpurmunition einen Brand zu legen, obwohl das Haus bewohnt ist.

Es liegt nicht an uns zu bestimmen, was hier falsch gelaufen ist, welche Aktion zu welcher Reaktion geführt hat.

Was wir aber sagen können: Wir leben und arbeiten hier, bekommen seit vielen Wochen mit, wie das „Schaufenster moderner Polizeiarbeit“ ein Klima der Ohnmacht, Angst und daraus resultierender Wut erzeugt.

Dass diese nachvollziehbare Wut sich am Wochenende nun wahllos, blind und stumpf auf diese Art und Weise artikuliert, bedauern wir sehr. Es lässt uns auch heute noch vollkommen erschüttert zurück.

Dennoch sehen wir den Ursprung dieser Wut in der verfehlten Politik des Rot-Grünen Senats, der sich nach Außen im Blitzlichtgewitter der internationalen Presse sonnen möchte, nach Innen aber vollkommen weggetaucht ist und einer hochmilitarisierten Polizei das komplette Management dieses Großereignisses auf allen Ebenen überlassen hat.

Dieser Senat hat der Polizei eine „Carte Blanche“ (Eine unbeschränkte Vollmacht oder Handlungsfreiheit, J.K.) ausgestellt – aber dass die im Rahmen eines solchen Gipfels mitten in einer Millionenstadt entstehenden Probleme, Fragen und sozialen Implikationen nicht nur mit polizeitaktischen und repressiven Mitteln beantwortet werden können, scheint im besoffenen Tummel der quasi monarchischen Inszenierung von Macht und Glamour vollkommen unter den Tisch gefallen zu sein.

Dass einem dies um die Ohren fliegen muss, wäre mit einem Mindestmaß an politischem Weitblick absehbar gewesen.

Wenn Olaf Scholz jetzt von einer inakzeptablen „Verrohung“, der wir „uns alle entgegenstellen müssen“, spricht, können wir dem nur beizupflichten.

Dass die Verrohung aber auch die Konsequenz einer Gesellschaft ist, in der jeglicher abweichende politische Ausdruck pauschal kriminalisiert und mit Sondergesetzen und militarisierten Einheiten polizeilich bekämpft wird, darf dabei nicht unberücksichtigt bleiben.

Aber bei all der Erschütterung über die Ereignisse vom Wochenende muss auch gesagt werden: Es sind zwar apokalyptische, dunkle, rußgeschwärzte Bilder aus unserem Viertel, die um die Welt gingen. Von der Realität eines Bürgerkriegs waren wir aber weit entfernt.

Anstatt weiter an der Hysterieschraube zu drehen sollte jetzt Besonnenheit und Reflexion Einzug in die Diskussion halten.

Die Straße steht immer noch, ab Montag öffneten die meisten Geschäfte ganz regulär, der Schaden an Personen hält sich in Grenzen.

Wir hatten als Anwohner mehr Angst vor den mit Maschinengewehren auf unsere Nachbarn zielenden bewaffneten Spezialeinheiten als vor den alkoholisierten Halbstarcken, die sich gestern hier ausgetobt haben.

Die sind dumm, lästig und schlagen hier Scheiben ein, erschießen dich aber im Zweifelsfall nicht. Der für die Meisten von uns Gewerbetreibende weit größere Schaden entsteht durch die Landflucht unserer Kunden, die keine Lust auf die vielen Eingriffe und Einschränkungen durch den Gipfel hatten – durch die Lieferanten, die uns seit vergangenem Dienstag nicht mehr beliefern konnten, durch das Ausbleiben unserer Gäste.

An den damit einhergehenden Umsatzeinbußen werden wir noch sehr lange zu knapsen haben.

Wir leben seit vielen Jahren in friedlicher, oft auch freundschaftlich-solidarischer Nachbarschaft mit allen Formen des Protestes, die hier im Viertel beheimatet sind, wozu für uns selbstverständlich und nicht-verhandelbar auch die Rote Flora gehört.

Daran wird auch dieses Wochenende rein gar nichts ändern.

In dem Wissen, dass dieses überflüssige Spektakel nun vorbei ist, hoffen wir, dass die Polizei ein maßvolles Verhältnis zur Demokratie und den in ihr lebenden Menschen findet, dass wir alle nach Wochen und Monaten der Hysterie und der Einschränkungen zur Ruhe kommen und unseren Alltag mit all den großen und kleinen Widersprüchen wieder gemeinsam angehen können.

Einige Geschäftstreibende aus dem Schanzenviertel

BISTRO CARMAGNOLE

CANTINA POPULAR

DIE DRUCKEREI - SPIELZEUGLADEN SCHANZENVIERTEL

ZARDOZ SCHALLPLATTEN

EIS SCHMIDT

JIM BURRITO'S

TIP TOP KIOSK

JEWELBERRY

SPIELPLATZ BASCHU e.V.

MONO CONCEPT STORE

Ende gut und alles gut - und das Zentrum der Organisation von rechtsfreien Räumen, die Rote Flora, soll bleiben? J.K.